

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Tagesblatt Riesa,
Gemeindef. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1538
Verlagsort: Riesa Nr. 22.

Nr. 100.

Donnerstag, 30. April 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen in der Nummer des Ausgabestages (bis 9 Uhr vormittags) aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewehr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für den 30 mm breite, 2 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten, 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Kellamezeile 100 Gold-Pfennige; jeztäuber und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife für gewöhnliche Anzeigen, wenn der Betrag verhältnißmäßig durch die Anzahl der Zeilen erhöht wird, durch die Anzahl der Spalten erhöht wird, durch die Anzahl der Spalten erhöht wird, durch die Anzahl der Spalten erhöht wird. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Luther bleibt — und Braun?

Nachdem Dr. Luther aus Hannover von seinem Besuch bei Hindenburg zurückgekehrt war, hat das Reichskabinett am Dienstag abend beschlossen und öffentlich mitgeteilt, daß es aus Anlaß der Neuwahl des Reichspräsidenten nicht zurücktreten werde, da ein verfassungsmäßiger Grund hierfür nicht vorliegt. Dies ist richtig, und man hätte ja auch immer nur angenommen, daß aus Höflichkeit das Reichskabinett dem neuen Reichspräsidenten seine Demission anbieten werde. Offenbar hat der Reichskanzler diese Frage in Hannover vorgelegt und die Antwort erhalten, daß Hindenburg keinen Kabinettswechsel wünsche. Darauf deutet ja auch die amtliche Meldung hin, wonach die Unterredung in Hannover „volle Uebereinstimmung“ zwischen dem Kanzler und dem Präsidenten ergeben habe. Dieser Ausgang müßte fast als selbstverständlich gelten. Ein Kurswechsel würde die Welt hart beunruhigen und den deutschen Interessen dadurch Schaden zugefügt haben.

Der Vorsitzende der Deutschen Nationalen Partei, Dr. Winter, erklärt einen Kurier, worin er in bemerkenswerter Weise die Hoffnung ausdrückt, daß der Ausgleich der Parteigegensätze nun als dauernder Gewinn aus diesem Wahlgange erhalten bleiben und daß besonders jeder Streit zwischen den beiden christlichen Konfessionen vermieden werden möge. Daraus spricht also durchaus keine Kampfstimmung, sondern vielmehr der Wille zur Versöhnung. Noch stärker kommt diese Tendenz zum Ausdruck in dem Leitartikel der volksparteilichen „Zeit“, der an die Bismarcksche Politik nach Königgrätz erinnert und sich für die gegenwärtige politische Situation das damalige Wort des großen Staatsmannes zu eigen macht: „Die Streitfrage ist also entschieden, nun heißt es, den Gegner verdrängen.“ Mit dem Gegner ist wohl in erster Linie das Zentrum gemeint, das im Reich ja weiter an der Regierung teilnimmt, in Preußen jedoch sich noch nicht zu einer ähnlichen Politik wie der des Kabinetts Luther entschließen kann. Dabei hat die „Germania“ selbst eine höchst interessante Zusammenstellung der Wahlergebnisse vom letzten Sonntag gebracht, die eigentlich ohne weiteres dem Zentrum den richtigen Weg zeigen sollte. Es wird da nachgewiesen, daß den Ausschlag für Hindenburg das nichtpreussische Deutschland gegeben habe, vor allem Bayern, Sachsen, Thüringen, Braunschweig, Westfalen und Hamburg. Die Wahlbeteiligung sei unter dem Durchschnitt geblieben in dem gesamten Süden und in dem Hauptteil des Westens — also gerade in den katholischen Gegenden. Wörtlich wird dazu gesagt: „Es wird gründlicher Untersuchung über die Ursachen bedürfen, aus denen heraus der katholische Teil Deutschlands sich zum guten Teil selbst bei der Entscheidung ausschaltete.“

Uns scheint die Erklärung dieses Phänomens ziemlich einfach zu sein. Der Pakt des Zentrums mit den Sozialdemokraten hat viele Katholiken vor den Kopf gestoßen und dazu bewogen, bei der Wahl zu Hause zu bleiben; andererseits ist es in jenen Gegenden, wo der heisse Kampf zwischen Zentrum und Sozialisten zur alten Tradition gehört, nicht geblieben, die Sozialdemokraten restlos für Marx auf die Bethe zu bringen. Was liegt da näher als der Entschluß, den unanziehlichen Pakt wieder aufzuheben? Aber die „Germania“, die immer noch den linken Flügel der Partei vertritt, kann sich dazu nicht aufraffen. Bei der Betrachtung der Verhältnisse in Preußen hält sie an dem Kabinetts Braun fest und gibt vor, die Hoffnung zu hegen, daß die Deutsche Volkspartei nach ihren Erfahrungen im letzten Wahlkampf sich von der rechten Lösung löst. Auch haben die Vertreter der drei preussischen Koalitionsparteien am Dienstag beschlossen, das Kabinetts Braun mit allen Mitteln zu unterstützen. Aber das scheint uns noch nicht das letzte Wort zu sein. Die Reizung der Deutschen Volkspartei zur Verschmelzung geht nicht soweit, nimmere zur „Großen Koalition“ zurückzuführen. Das wäre denn doch ein zu merkwürdiger Effekt des starken Sieges von Hindenburg. Der „Zeit“ entnehmen wir, daß die Volkspartei in Preußen eine Regierung der Mitte wünsche, an der die Sozialdemokratie nicht beteiligt wäre.

Hierüber werden die nächsten acht Tage die Entscheidung bringen. Hoffentlich wird die Debatte im Preussischen Landtag nicht in der Tonart fortgeführt, die Herr Braun bei seiner sogenannten Regierungserklärung angeschlagen hat. Zwar wird jetzt wieder von allen Seiten sehr schön das Wort „Auflösung“ gebraucht, aber niemand weiß zu sagen, was durch Neuwahlen in Preußen erreicht und gebessert werden soll. Es ist durchaus keine Möglichkeit zu erbliden, der einen oder der anderen Gruppe, die jetzt gegeneinander streiten, die absolute Mehrheit im preussischen Landtag zu verschaffen. Wir sehen das Auflösungsgebot deshalb in der Hauptfrage als Bluff an, der solange anhalten wird, bis sich in ruhigen Besprechungen hinter den Kulissen ein Weg zur Einigung gezeigt hat. Es liegt auf der Hand, daß die Parteien des bisherigen Reichsbundes nach ihrem Siege unter neuen Umständen ein Kabinetts Braun-Verbindung tolerieren können. Dieser Tatsache wird sich schließlich das Zentrum anbequemen müssen.

Hindenburg nimmt die Wahl an.

Berlin. (Zuntspruch.) Generalfeldmarschall von Hindenburg hat in einem heute beim Reichswahlleiter eingegangenen Schreiben vom 29. 4. erklärt, daß er bereit sei, die Wahl anzunehmen.

Der Amtsantritt Hindenburgs

wird, wie bereits mitgeteilt, voraussichtlich am 9. Mai erfolgen. Hindenburg hat den Wunsch geäußert, bei seinem Eintreffen in Berlin von Feierlichkeiten Abstand zu nehmen. Er wird auf dem Potsdamer Bahnhof von der Reichsregierung empfangen werden. Die Reichswehr stellt eine Ehrenkompagnie. Die Vereidigung in besonderer Reichsversammlung ist vorläufig auf den 11. oder 12. Mai vorzuziehen. Gegenüber Vermutungen in der Presse ist festzustellen, daß Reichspräsident v. Hindenburg als Reichspräsident bei offiziellen Anlässen selbstredend nicht als Feldmarschall in Uniform auftreten wird, sondern in bürgerlicher Kleidung.

Die Uebernahme der Präsidentschaft erfolgt im Präsidentensaal im Reichstag der Reichsregierung. Das diplomatische Korps wird am gleichen Tage dem neuen Reichspräsidenten Zutrittsscheine machen.

Eine Kundgebung an das deutsche Volk wird am Tage des Amtsantritts erfolgen. Bei der Vereidigung im Reichstag ist keine Anrede des Präsidenten vorgesehen.

Eine Hindenburg-Amnestie.

Wie wir hören, wird der Reichspräsident v. Hindenburg am Tage seines Amtsantritts eine allgemeine Amnestie großen Stils erlassen, die dem inneren Frieden dienen soll. Auch politische Straftaten fallen unter diese Amnestie.

Die Dankagung Hindenburgs.

Hannover. Generalfeldmarschall von Hindenburg übermittelte der Telegraphen-Union zur Verbreitung folgende Dankagung:

Allen den Vielen, die meiner gelegentlich der Reichspräsidentenwahl freundlich gedacht haben, kann ich nur auf diesem Wege meinen herzlichsten, tiefempfundenen Dank sagen, weil ich anderweitig sehr beunruhigt bin.

von Hindenburg.

Das Ausland und der Wahltag Hindenburgs.

Berlin, 30. April. Die deutschen diplomatischen Vertreter im Auslande haben, wie wir soeben erfahren, dem Auswärtigen Amt ausführlich über die Wirkungen des Wahltages des Generalfeldmarschalls von Hindenburg im Auslande berichtet. In allen Berichten kommt zum Ausdruck, daß eine grundlegende Aenderung der deutschen Außenpolitik, insbesondere hinsichtlich der Erfüllung des Dawesabkommens, nirgends befürchtet wird. Im Hinblick auf diese Tatsache sei von irgendwelcher ernsthaften Verunsicherung nichts zu beobachten.

Reichskanzler a. D. Marx an Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Berlin. (Zuntspruch.) Reichskanzler a. D. Marx hat von Sigmaringen aus an den Generalfeldmarschall von Hindenburg folgendes Schreiben gerichtet:

„Das deutsche Volk hat Ihre Erwählung zum Reichspräsidenten gewählt. Es entspricht dem Geiste echter Demokratie, daß nunmehr jeder, der sich zu ihr bekennt, zur Entscheidung der verfassungsmäßigen Mehrheit des Volkes steht. Darum ist es mir ein Bedürfnis, Erzer Excellenz meinen aufrichtigen Wunsch und die Hoffnung auszusprechen, daß unter Ihrer Präsidentschaft das deutsche Volk die innere Ruhe und den inneren Frieden finden möge, wonach unser aller Streben geht! Möge der eingeleitete wirtschaftliche Gesundungsprozess zum Segen von Volk und Reich ungehindert fortzuschreiten! Möge die Durchdringung des ganzen öffentlichen Lebens mit wahrhaft demokratischen und sozialen Geiste jene Anarchien der Meinungen heilen, die der Krieg und Deutschlands Zusammenbruch hinterlassen haben und somit die sittliche Reinigung und Erneuerung unseres Volkes beschleunigen! Möge es unserm deutschen Volke vergönnt sein, auf dem eingeschlagenen Wege der internationalen Verständigung in Frieden und Wohlfahrt recht bald wieder die Stellung in der Welt einzunehmen, auf die es dank seiner Fähigkeiten und seiner Leistungen Anspruch hat!“

Mit der Versicherung meiner besonderen Hochachtung bin ich

Erzer Excellenz ergebener

Wern. Reichskanzler a. D.

Reichstagspräsident Voebé bei Hindenburg.

Hannover. Der Reichstagspräsident Voebé ist gestern nachmittag hier eingetroffen und hat sich sofort zu Hindenburg begeben, mit dem er eine längere Unterredung hatte. Die Besprechung hat sich vermutlich um das Programm der Vereidigung im Reichstage gedreht. Heute trifft der Staatssekretär im Bureau des Reichspräsidenten, Dr. Meißner, in Hannover ein.

Berlin. (Zuntspruch nachm. 1 Uhr.) In der Meldung eines Berliner Blattes, daß Reichstagspräsident Voebé gestern in Hannover gewesen sei, um mit dem neuen Reichspräsidenten von Hindenburg über das Programm der Vereidigung im Reichstage zu sprechen, wird von unabhängiger Seite erklärt, daß eine Begegnung nicht stattgefunden hat. Die ersten Vereinbarungen über die Formalitäten der Vereidigung im Reichstage und den Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten sind zwischen dem Reichskanzler Dr. Luther und Herrn von Hindenburg getroffen worden. Nähere Einzelheiten werden mit dem Staatssekretär Meißner vereinbart. Das erste Zusammentreffen des neuen Reichspräsidenten mit dem Reichstagspräsidenten wird nach dem Eintreffen Hindenburgs in Berlin stattfinden.

Landwirtschaftstragen im Haushaltsausfluß.

Der Haushaltsausfluß des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft ein.

Reichsernährungsminister Graf Kanitz gab einen kurzen Überblick über die Lage der Landwirtschaft und meinte n. a., daß die Getreideernte bis jetzt gute Aussichten biete. Die Viehzucht habe sich wesentlich gehoben; bei den Schweinen fehlten am Friedenstand noch etwa 25 Prozent. Die Einfuhr des ausländischen, insbesondere des österreichischen, sei fast zurückgegangen. Die Milchviehzucht habe sich in so erfreulichem Maße gehoben, daß man den letzten Rest der Zwangswirtschaft wohl bald wird befeitigen können. Deutschland kann seinen Milch- und Butterbedarf aus eigener Produktion decken. Die Zuckerproduktion hat im vergangenen Jahre schon wieder eine Ausfuhr von 38 Millionen Tonnen, gegenüber etwa 3 Millionen im Frieden, erreicht. Der deutsche Weinbau, Obst- und Gemüsebau bedürfte eines gezielten Aufschubes. Der Minister beantragt sodann die Berechtigung von fünf Millionen für eine tafelfähige Intensivierung der deutschen Landwirtschaft, deren Erzeugung um ein Drittel gehoben werden könnte. Die Possibilität der deutschen Handelsbilanz von 2,7 Milliarden entspräche genau dem Werte der eingeführten Agrarprodukte. Diese Passivität konnte verschwinden.

Der Berichtshalter Abg. Dietrich-Saden (Dem.) beurteilte die Lage der Viehzucht, besonders die der Milchviehzucht sehr unzulänglich. Der Inlandbedarf müsse durch Erhöhung des Tabakzolls gesichert werden.

Mitberichtshalter Schmidt-Römpel (Dsp.) fragte, wie es mit der Arbeitslosigkeit der ländlichen Arbeiter stehe. Das Programm des Hilswerks der Landwirtschaft von 1921 sei nur ein Bluff gewesen.

Minister Kanitz antwortete, daß es bisher nicht gelungen sei, die Hindernisse für die Landwirtschaft herabzusetzen. Eine Besserung erhoffe er von der zu leistenden Rentenbankkreditanstalt. Die Abwanderung von Lande in die Stadt sei eine Folge der Krise in der Landwirtschaft; tatsächlich könne das Land nicht die gleichen Löhne zahlen wie die Stadt.

Abg. Thomien (Dnat.) gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Hebung der Landwirtschaft gelingen möge, die im Interesse der Sicherung der Volksernährung unerlässlich sei. Er wünschte die Vorlegung einer Denkschrift über die Freibewegung landwirtschaftlicher Überschüsse und Verbrauchsartikeln. Die Kreditnot in der Landwirtschaft sei vielfach katastrophal. Die Landwirtschaft müsse auch in Zukunft auf Hilfe unbedingt den erforderlichen Schutz bekommen. Die Redner schloß sich dann noch dazu ein, daß die Preisveränderungen beseitigt würden.

Chamberlain und die Nennung Kölns.

London. Chamberlain erwiderte gestern auf ein Anfrage im Unterhause, daß er den Tag der Nennung Kölns noch nicht angeben könne. Der Abg. Thomien fragte, ob Chamberlain eine Aenderung machen könne, wenn er in der Lage sein werde, die Erklärung abzugeben. Chamberlain antwortete: Nein. Ein liberales Mittelglied fragte hierauf, ob Chamberlain sich über die Wirkung dieser fortgesetzten Verzögerung auf die öffentliche Meinung in Deutschland und die Friedensansichten Europas klar wäre. Chamberlain sagte darauf: Ich glaube nicht, daß diese Frage in Erwartung einer Antwort gestellt ist.

Kommunistische Worbpläne gegen Chamberlain.

Paris. Nach einer Hausmeldung aus London ist man dort einem kommunistischen Komplott gegen den Außenminister Chamberlain auf die Spur gekommen. Die Verschwörer planten die Ermordung des englischen Außenministers. Die Vereitelung des Aufschlages gelang nach der Warnung der englischen Behörden durch eine außerordentliche Verhaftung.